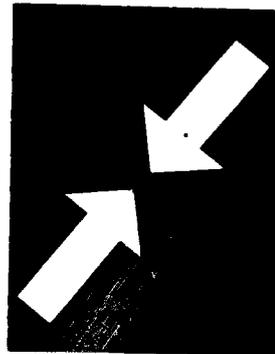


Herausgeber  
Winfried Beck, Hans-Ulrich Deppe,  
Renate Jäckle, Udo Schagen

# Ärzte opposition



Nedkarsulm-München

1987

Medizin  
aktuell 

## 7.5

Bernad Kalveclage und Gerhard Wietbold

»Grüne Spinner, rote Chaoten!«

*Die Hamburger Ärzteopposition in der  
Ärztekammer Hamburg*

Ärzte in Opposition

Ständische Vertretungen von Berufsgruppen in Kammern vertragen keine Opposition. Ärztliche Standesfunktionäre haben überall im Land große Schwierigkeiten mit der Kritik »aus den eigenen Reihen«. Waren die moralische Qualität der Kritik und die fachliche Qualifikation der Kritiker schon nicht so leicht in Zweifel zu ziehen, so mußten die verstörten Funktionäre darauf verfallen, den Geisteszustand der Kritiker in Frage zu stellen: Wer sich auf solche Art und öffentlich am eigenen Stand vergeht, ist entweder nicht ganz richtig im Kopfe oder ein politisch verblendeter Anarchist.

Solange in der Kammerversammlung der Ärztekammer Hamburg zwischen 1982 und 1986 zeitweise nur zwei Vertreter einer solchen »so genannten Ärzteopposition« anzutreffen waren, fiel der Mehrheit eine Zuordnung leicht: Der Bedächtigere mit den nachdenklich machenden Fragen mußte der grüne Spinner, der Aggressivere mit den penetranten Geschäftsordnungsanträgen der rote Chaot sein. Sie hatten gründlich daneben getippt.

Mit dem Einzug der Ärzteopposition in die Kammerversammlung der Ärztekammer Hamburg wurde auch dort eine Kontroverse personalisiert, die innerhalb der Ärzteschaft Geschichte hat.<sup>105, 106</sup> Das Motiv »Ärz-

170

te in Opposition« klingt auch in Hamburg immer wieder an. Die Themen der Vergangenheit sind teilweise heute wieder oder immer noch ganz aktuell. Heute wie damals sind es Minderheiten, die allerdings später oft als moralische Rechtfertigung von der zuvor schweigenden Mehrheit in Anspruch genommen werden. Zu erinnern wäre an den antifaschistischen Widerstand während des Nationalsozialismus – in Hamburg besonders an das Beispiel der Medizinstudenten der Weißen Rose. Ihr Widerstand wurde brutal gebrochen.

Im März 1958 erscheint im *Hamburger Echo* ein Aufruf gegen die Nutzung der Atomenergie und die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, der von 936 Hamburger Ärzten unterschrieben ist. Unter Berufung auf den von ihnen geleisteten hippokratischen Eid weisen sie auf die verheerenden Folgen der Anwendung von Atomenergie hin und stellen fest: »Selbst bei Anwendung größerer finanzieller Mittel gibt es keinen wirksamen Schutz der Bevölkerung in einem Atomkrieg.« Ihre Schlußfolgerungen lesen sich wie die Forderungen von Ärzteinitiativen und der IPPNW heute: »Wir achten es als notwendig, die Versuchsexplosionen der Atomwaffen zu beenden, da die Versuche eine steigende Gefahr für geborenes und ungeborenes Leben bedeuten. Jegliche Verwendung von Atomwaffen verstößt gegen vitale Interessen der Bevölkerung und schließt schwere Gefahren für die biologische Substanz unseres Volkes und der gesamten Menschheit in sich. Wir können nicht umhin, weiter zu erklären, daß ein etwaiger politischer Nutzen durch die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden in gar keinem Verhältnis zu der ersten Bedrohung der Bevölkerung durch diese Massenvernichtungsmittel steht.«

Die Beschlüsse des 61. Deutschen Ärztetages im gleichen Jahr belegen, daß eine solche Position im Nachkriegsdeutschland auch innerhalb der Ärzteschaft noch mehrheitlich war. Der Ärztetag warnt die Verantwortlichen in der ganzen Welt vor dem »frevlerischen Mißbrauch der Atomenergie« und fordert eine »Ächtung aller Massenvernichtungswaffen und den Verzicht auf weitere Atomwaffenversuche«.

*Die Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Ärzte*

Die Studentenevole der sechziger Jahre hat mit der Thematisierung von Autorität und Herrschaft, von Wissenschaft und Interesse, von Medizin und Gesellschaft gerade im konservativen Medizinbereich kritische Fra-

171

gen frei- und Veränderungen in Gang gesetzt. Exemplarisch sei an den Marburger Kongreß »Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt« 1973 erinnert.<sup>107</sup>

Hamburg ist dann 1975 wieder im Zentrum medizinkritischer Aufmerksamkeit. Hier tagt der 78. Deutsche Ärztetag. Er ist erstmals in der Geschichte der organisierten Ärzteschaft Ziel einer Aktion kritischer Mediziner, an die noch heute unter dem Studentenrevolte und Jerset miteinander verbindenden Motto »fly in« von den damals beteiligten Apo-Opas gerne erinnert wird. Rückblickend bleibt die Frage offen, wer damals mehr gezeitert hat, die im Marburger Kongreßzentrum versammelten Funktionäre angesichts der sich – noch vor den Türen – versammelnden Opposition von morgen oder die Teilnehmer der Demonstration in ihren weißen Kitteln im Marburger Mai.

Die AUA, Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Ärzte Deutschlands, war Initiatorin dieser Aktion. Sie stellte inhaltlich und organisatorisch eine Verbindung her zwischen studentischem Protest und antiautoritärer Bewegung auf der einen Seite und den inzwischen im ärztlichen Berufsalltag relativ isoliert dastehenden Assistenzärztinnen und Ärzten. Die inhaltlichen Positionen der AUA sind von der Marburger Gruppe in einem Flugblatt zum Ärztetags-Besuch sowie in zwei Broschüren dargelegt. Die Titel sind »Verraten und verkauft« – gemeint waren die Patienten – und »Die Scheinheiligen« – hier wurden die Arztfunktionäre und ihre Ständespaltung einer radikalen Kritik unterzogen. Die AUA geht aus von einer »Krise der Medizin« oder, wie Joseph Scholmer sein 1971 erschienenes Buch<sup>108</sup> betitelt, der »Krankheit der Medizin«. Die detaillierten Kritikpunkte an Medizin und Ständespaltung sind heute noch so unverändert aktuell wie damals, so daß es sich ganz offensichtlich um eine schlechende Krise oder chronische Erkrankung oder gar um den Normalzustand dieses Medizinbetriebes handeln muß.

#### *Der lange Marsch in die Ärztekammer*

Bei der Ärztekammerwahl 1978 trat in Hamburg erstmals eine »Liste demokratischer Ärzte« an – ermutigt von den Erfolgen der gleichnamigen Liste in Hessen 1976 und dem Abschneiden der »Liste soziales Gesundheitswesen« 1977 in Nordrhein. Der undemokratische und komplizierte Wahlmodus in Hamburg – faktisch besteht eine Zwanzig-Prozent-

172

Hürde, es wird nur personenbezogen gewählt, Newcomer haben gegen angestammte Erbhöfe anzutreten – führte dazu, daß kein einziger Oppositioneller in die Kammerversammlung einziehen konnte. Es ist das Verdienst einiger unerschütterlicher Kollegen, daß bei gleichen formalen Ausgangsbedingungen 1982 unverdrossen ein neuer Anlauf auf die Bation Ärztekammer unternommen wurde. Allerdings waren in der Zwischenzeit auf verschiedenen Ebenen einige wegberaubende Aktivitäten angelaufen.

Im Hamburg fand im September 1981 der zweite Gesundheitstag statt, der das Anliegen der sich in Gesundheitsläden bundesweit formierenden Gesundheitsbewegung deutlich machte: »Wir setzen der herrschenden Medizin ein kreatives Nein entgegen, weil sie, vorgeblich unpolitisch, gesellschaftliche Mißstände verschleiert, reformiert, verwaltet und kontrolliert. Wir unterscheiden uns in den Beweggründen, das Bestehende zu verändern, und in den Alternativen, die wir dem Bestehenden entgegensetzen. Diese Unterschiede müssen bleiben, damit jeder von uns seine persönliche und politische Identität behält. Wir wollen die Fähigkeit zum Gespräch und zur Zusammenarbeit wiedergewinnen anstelle von professioneller Überheblichkeit und Konkurrenz. Wir verändern unsere Gesellschaft, indem wir gemeinsam Handlungsmöglichkeiten wiederherstellen und Arbeitsbündnisse in kritischer Solidarität schaffen.«<sup>109</sup> Diese Sätze könnten aus der Präambel einer bisher nicht geschriebenen Satzung der Marburger Ärztopposition stammen.

Hamburg war wenige Tage zuvor Schauplatz des Ersten Medizinischen Kongresses zur Verhinderung eines Atomkriegs gewesen. Die 1979 nach Harrisburg gegründete Ärzteiniziative gegen Atomenergie war Veranstalterin dieses international besuchten Treffens. Unter dem Eindruck des Nato-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979, der zunehmenden Atomkriegsgefahr durch die geplanten Aufrüstungsmaßnahmen und der Forderung nach Ausbildung in Kriegs- und Katastrophenmedizin stand über dem Kongreß das Motto: »Die Überlebenden werden die Toten beneiden.«<sup>110</sup> Kompetent und in der Folgezeit von der Ärzteiniziative inhaltlich vertieft wurden hier alle Spekulationen über etwaige Überlebenschancen nach einem Atomkrieg als gefährliche Illusion entlarvt und zurückgewiesen.

Die offizielle Reaktion der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztebunds geriet zu einer Kriegserklärung an die Abweichter, die als

173

# AUFRUF

## An alle Hamburger Ärzte

Zur gleichen Zeit während 1,5 Millionen Menschen den Krefelder Appell unterzeichnet haben; 30000 für den Frieden demonstrierten; 1400 Ärzte am Anti-Atomkriegs-Kongress teilnahmen und die Grossveranstaltungen des Gesundheitstages dem Thema Frieden galten, war im DEUTSCHEN ARZTEBLATT Nr. 40 vom 1.10.81 zu lesen: Der Satz "Ärzte warnen vor dem Knollenblätterpilz" habe keine geringere ethische Dimension als die Aussage "Ärzte warnen vor dem Atomkrieg".

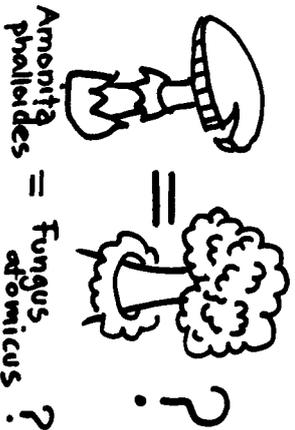
So in einem Kommentar zum Kongress "Ärzte warnen vor dem Atomkrieg" im September dieses Jahres von J.F. Volrad Denke im offiziellen Organ der Bundesärztekammer und der Kassensärztlichen Bundesvereinigungen. Er rechtfertigt zugleich die Propagierung eines Notstandesgesetzes im Gesundheitswesen.

DAS KÖNNEN WIR NICHT LÄNGER ZULASSEN !

## am 2.12. um 19 Uhr ESG

- Wir wehren uns gegen den Zynismus dieses offiziellen Artztums. Der Öffentlichkeit muss zukünftig deutlich gemacht werden, dass diese Ständesvertreter nicht länger für alle Ärzte sprechen. Wir rufen deshalb auf zu einem Treffen
- Evangelische Studentengemeinde, Martin-Luther-King-Haus, Grindpflanze 9
- um folgende Möglichkeiten unseres Widerstandes zu diskutieren:
- Bildung einer oppositionellen Liste zur Wahl der Ärztekammer Hamburg im Frühjahr 1982.
  - Unterstützung der Friedensbewegung und Verhinderung des Gesundheitsministerstellungsgesetzes.
  - Aktivitäten gegen die Sperpolitik im Gesundheitswesen.

Dieser Aufruf wird getragen von Ärzten im BUND GEMEINSCHAFTLICHER ARZTE, der ARZTEINITIATIVE GEGEN ATOMENERGIE, Vertretern der LISTE DEMOKRATISCHER ARZTE 1978 und von niedergelassenen Kollegen.



V.i.S.d.P.:  
Dr.-med. Gerhard Viechold  
Druck: W. Paasch,  
Auflage 7000

»ideologisch ambivalente Profilineurotiker und gewissenhafte Sektierer« beschimpft wurden, die »zu Lasten der Selbstverteidigungsbereitschaft der NATO ganz offenkundig Propaganda zugunsten der vom sowjetischen Imperialismus militant gerüsteten sozialistischen Internationale be-trieben«<sup>11</sup>. Der Autor des Artikels, Volrad Denke, fährt fort: »Die Pa-rol »Ärzte warnen vor dem Atomtod«, unterstellt, daß es besondere ärztliche Gründe gäbe, gerade vor atomaren Energien zu warnen ... Die Schlagzeilen ... »Ärzte warnen vor dem Knollenblätterpilz« haben keine geringere ärztliche Dimension.« Diese Äußerungen offenbaren neben einem Zustand ethischer und intellektueller Verwirrung auch, daß füh-rende Vertreter der Bundesärztekammer von den Beschlüssen des 61.

Deutschen Ärztetages inzwischen abgerückt sind.

Mitglieder der Hamburger Ärzteininitiative waren 1982 wesentlich bei der Gründung der deutschen Sektion der IPPNW beteiligt. Ihrem un-beirraren Engagement ist es zu verdanken, daß sich heute innerhalb der Hamburger Ärzteschaft eine zunehmend kritischere Haltung zu allen Fragen der Atomenergienutzung durchgesetzt hat. Wartezimmerbro-schüren, Flugblätter, Plakate und Anzeigenaktionen und Veranstaltun-gen haben immer wieder neues Informationsmaterial geliefert und waren in persönlicher und organisatorischer Hinsicht Ursprung einer frucht-baren Kooperation u. a. mit der Hamburger Ärzteopposition.

### Hamburger Ärzteopposition in der Ärztekammer

Die Vorbereitungen zur Ärztekammerwahl 1982 standen unter dem deut-lichen Einfluß der beiden Veranstaltungen des Vorjahres, des Gesund-heitstages und des Medizinischen Kongresses zur Verhinderung des Atomkrieges. Das Deutsche Ärzteblatt erhielt eine Flut von durchweg kritischen Leserbriefen zu Denkes Artikel, und der Vergleich von Knol-lenblätter- und Atompilz fand sich wieder als Karikatur auf dem ersten Aufruf zur Kandidatur zur Ärztekammer (Abbildung S. 174). Die Dis-kussionen beim ersten Treffen der potentiellen Kandidatinnen und Kan-didaten verlief kontrovers: Welchen Sinn macht es, sich in die ärztliche Standespolitik einzumischen? Geht es nicht vielmehr um eine Verände-rung des Gesundheitswesens insgesamt? Brauchen wir überhaupt eine Ärztekammer? Warum wollen wir als Ärzte eine Sonderrolle spielen? Welchen Namen sollte die Gruppe tragen?

Einigkeit konnte schließlich darüber erzielt werden, daß es gelte, die Inhalte von Gesundheitstagen und Friedensbewegung auch in die Ärztekammer zu tragen, Informationen von dort öffentlich zu machen, demokratische Spielregeln durchzusetzen und den Eindruck der konservativen Einheitfront innerhalb der Ärzteschaft zu zerstören. Der »herrschenden« Mehrheit sollte eine Opposition im parlamentarischen Sinne entgegengesetzt werden. So entstand das Markenzeichen »Hamburger Ärzteopposition«. Der Name traf in der Folgezeit exakt das Verhältnis der Mehrheit zu ihrer Minderheit. Bewußt wurde der Name oft mißverstanden als Opposition gegen bestimmte Ärzte. Immer wieder mußte den Kollegen in der Kammerversammlung der Unterschied zwischen einem Genitivus subjectivus und einem Genitivus objectivus klargemacht werden. Sie mußten zur Kenntnis nehmen, daß es eine Opposition von Ärzten gegen die bisherige Standespolitik gibt; der vielbenutzte Begriff der »Arztfamilie« war als ideologische Verbrämung von Herrschaft einiger weniger über eine bisher schweigende Mehrheit entlarvt worden.

In den nächsten vier Jahren saßen zwei, drei oder vier Oppositionelle den übrigen 56 Mitgliedern der Kammerversammlung gegenüber. Es wurde zu einem Ritual, daß vor der Sitzung auch mit der Opposition freundlich Hände geschüttelt wurden. Während der Sitzung dann hatte kein Antrag der Opposition Aussicht auf Erfolg, Protokolle wurden auch dann nicht geändert, wenn sie nachweislich falsch waren, oppositionelle Redebeiträge wurden mit ungerügten, drohenden Zwischenrufen unterbrochen, manche vom Präsidenten gar nicht erst zugelassen. Am Ende der Sitzung dann unter erneutem Handschütteln kleines Lob: »Sie haben wirklich sehr überzeugend argumentiert.« »Ich bin eigentlich ganz Ihrer Meinung!« »Sie sind das Salz in der faden Suppe der Kammerversammlung, machen Sie weiter so!« In den Abstimmungsergebnissen – anfangs meist 4 zu 56 – schlug sich solch klammheimliche Sympathie nur ganz allmählich nieder. Immerhin fand ein Lernprozeß statt. Die Opposition leistete durch ihr Beispiel Nachhilfe in Mut zu freier Rede und Demokratie – große Worte für kleine Schritte.

Im Dezember 1986 fanden Neuwahlen zur Ärztekammer Hamburg statt. Die Liste (und jetzige Fraktion) der Hamburger Ärzteopposition spiegelt Pluralität und grundsätzliche Übereinstimmung wider: Vertreter der IPPNW, der Ärzteinitiative, der Gewerkschaft ÖTV und des Gesundheitsadens bilden im wesentlichen die neue Opposition in Hamburg. Der

**Hertst-meister!**  **So feierte der HSV**

**HAMBURGER MORGEN POST**

**Tips für Frauen: Wo tritt man welche Männer**

Das grüne Team der Ärzte stellt dar

1200 Hamburger Mediziner rebellieren

**Ärzte-Aufstand gegen „Götter in Weiß“**

**40**  **TRAUMHAUS-SPIEL**

**4. Traumhaus-Runde! 10000 DM oder 1 Kinderzimmer**

**177**

anachronistische und undemokratische Wahlmodus regelt die Besetzung der 56 Sitze der Kammerversammlung wie folgt: 20 über sogenannte freie Listen listenübergreifend gewählte Vertreter, 34 in Bezirken gewählte Obleute und je ein Vertreter der Gesundheitsbehörde und des Fachbereichs Medizin der Universität. Die Hamburger Ärzteopposition erhielt fünfzig Prozent der Vertretersitze und stellte mit ihrer Fraktion ca. zwanzig Prozent der Mitglieder der Kammerversammlung.

Der Abend der Stimmabzählung geriet zur Nacht der langen Funktionärsgeichter. Keiner hatte mit einer solchen erdrutschartigen Kräfteverschiebung gerechnet. »Ärzteaufstand gegen Götter in Weiß« nannte es die *Hamburger Morgenpost* in ihrer Titelseitige vom 8. Dezember 1986 (Abbildung S. 177).

Das Wahlsystem bei der Kammerwahl in Hamburg sieht keinen Minoritätenschutz vor und benachteiligt zahlenmäßig die Krankenhausärzte, die in Hamburg inzwischen die Mehrheit aller berufstätigen Ärzte darstellen. Auf Antrag der Opposition wurde ein Ausschuß eingesetzt, der die zahlreichen und rechtlich mehr als bedenklichen Probleme lösen sollte. Das Beharren der Mehrheit auf traditionellen Gewohnheiten hat die Durchsetzung demokratischer Gepflogenheiten bisher verhindern können.

Eine Zusammenarbeit mit der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen mit dem Ziel, entsprechend dem Beschluß der Bremer Bürgerschaft das Verhältniswahlrecht auch im Hamburger Ärztegesetz zu verankern, hat bisher noch nicht zu einem greifbaren Ergebnis geführt. Die Kontakte sollen jedoch fortgesetzt werden.

#### *Aktivitäten und Bündnispartner*

Die Hamburger Ärzteopposition hat ihre Aufgabe nicht primär in der eher frustrierenden – Kammerarbeit gesehen. Die inhaltlichen Diskussionen fanden überwiegend außerhalb der Kammer und in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Initiativen statt. Hamburg bietet in dieser Hinsicht erfreulich vielfältige Möglichkeiten.

Ein Großteil der oppositionellen Aktivitäten der ersten Stunde kam über den Bund gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV Hamburg zusammen. Seit Ende der siebziger Jahre wurde hier u. a. lebhaft um die Erhaltung der von Bettenstreichungen und Schließungen bedrohten Krankenhäuser

178

des Stadtrandes gerungen. Über Hamburg hinaus bedeutsam wurde das von dem Krankenhausarzt Johannes Limbrock und der Gewerkschaft ÖTV erkämpfte Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 24. Februar 1982. Darin wird festgestellt, daß der Krankenhausarzt »von Ausnahmefällen abgesehen, verpflichtet ist, den Kläger (Krankenhausarzt) während der normalen Tagesarbeitszeit von der Dienstleistung freizustellen, wenn ihm während des vorausgegangenen werktäglichen ärztlichen Bereitschaftsdienstes in der Zeit zwischen 21 Uhr und dem Beginn der allgemeinen Tagesarbeitszeit nicht eine ununterbrochene Ruhezeit von sechs Stunden zur Verfügung gestanden hat.« Im Manteltarifvertrag vom 1. Januar 1983 wurde die Freistellungsverpflichtung tarifrechtlich abgesichert.

Obwohl die Verbindung zur ÖTV inhaltlich und organisatorisch niemals aufgegeben wurde, ist eine lebendige Zusammenarbeit bisher nur in Einzelfragen zustande gekommen (In-vitro-Fertilisation, Zivilschutzgesetz). Für die Zukunft besteht begründete Hoffnung auf intensivere Kooperation.

Die Kooperation mit dem Gesundheitsladen Hamburg e. V., der 1980 nach dem Berliner Gesundheitstag gegründet wurde, führte zu einer Reihe von gemeinsamen Veranstaltungen (In-vitro-Fertilisation, Gentechnologie, Tschernobyl, Aids, Methadon-Substitution in der Drogentherapie) und Aktionen. Ein besonderer Erfolg der vereinten Bemühungen von Grün-Alternativer Liste (GAL) in der Bürgerschaft, Gesundheitsladen, Bürgerinitiativen und Umweltschutzgruppen und der Hamburger Ärzteopposition war die Schließung der Werkniederlassung Hamburg der Firma Boehringer Ingelheim im Sommer 1984. Der von dieser Firma zu veranwortende und weit über Hamburg hinaus bekanntgewordene Dioxin-Skandal in Georgswerder hatte unter anderem zu einem Boykottaufruf von Boehringer-Arzneimitteln geführt. Im Vorjahr bereits hatte die Hamburger Ärzteopposition mit anderen Organisationen zum Boykott von Hoffmann-La-Roche-Produkten wegen des Seveso-Unfalls aufgerufen. Nach der Serie von »Unfällen« der Rheinanalieger-Industrien in den letzten Monaten entsteht der Eindruck, als könnte die Waffe des Pharmaboykotts durch die Pharmaindustrie selbst entschärft werden, weil zum Regelfall zu werden scheint, was einmal wie eine verantwortungslose Nachlässigkeit angesehen hatte. Die Behauptung angeblich mit gleicher Sorgfalt im Umweltbereich wie im Pharmaproduktionsbereich zu arbei-

179

ten, muß entweder als unverschämte Lüge oder als Offenbarungseid bezüglich der eigenen Arzneimittelsicherheit gesehen werden.

Unter finanzieller und inhaltlicher Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen der Ärzteinitiative gegen Atomenergie und der IPPNW wurde jährlich eine Ausgabe von *Kammer oppositionell* an alle 7500 Hamburger Ärztinnen und Ärzte verschickt. *Kammer oppositionell* stellt das Pendant zur Information des Kammervorstandes *Kammer aktuell* dar. Hier wurden die Schwerpunkte unserer Arbeit publik gemacht. Der Entwurf eines Zivilschutzgesetzes und die Katastrophenmedizin nahmen einen großen Raum ein.

Gemeinsam mit der Ärzteinitiative, Gruppen der Friedensbewegung und der ÖTV fand im Januar 1985 im Universitätskrankenhaus Eppendorf eine gutbesuchte Veranstaltung zum Thema »Zivilschutz – Friedenspolitik oder Kriegsvorbereitung?« statt. Die Hamburger Ärzteopposition konnte eine bis dahin geheime Stellungnahme der Bundesärztekammer zum damals vorliegenden Entwurf des Gesetzes öffentlich machen<sup>112</sup>. Wie anders nicht zu erwarten, begrüßt die Bundesärztekammer darin uneingeschränkt das Gesetzesvorhaben. Die Diskussionsbeiträge sind inzwischen als Buch erschienen<sup>113</sup>. Darin findet sich u. a. auch eine Bewertung der Stellungnahme der Bundesärztekammer, die Position der Gewerkschaft ÖTV und der im wesentlichen immer noch »gültige« Gesetzesentwurf.

In einer Sendung des Norddeutschen Rundfunks anläßlich des »Hiroshima-Tages« am 5. August 1985 hatte ein Vertreter der Ärzteopposition Gelegenheit, die Argumente der Friedensbewegung und der IPPNW darzustellen gegenüber den eher diffusen Ausführungen von sogenannten Katastrophensoziologen und Vertretern der Bunker-Beton-Bau-Lobby.

Auf Betreiben der GAL-Fraktion wurde 1985 von der Hamburger Bürgerschaft ein Untersuchungsausschuß eingesetzt. Er sollte die Vorwürfe prüfen, die von ehemaligen Patienten des Orthopäden Professor Bernbeck gegen ihn und die Gesundheitsbehörde erhoben wurden. Der Bericht des Ausschusses belegte eine Fülle von Mängeln der ärztlichen Versorgung und der Krankenhausorganisation sowie erhebliche sachfremde Einflüsse bei den bis dahin abgegebenen ärztlichen Gutachten. Dieser Einzelfall wird dadurch über Hamburg hinaus exemplarisch, daß der Ausschluß sich den Ursachen der vorgefundenen Misere zuwendet. Es wird u. a. eine bisher völlig fehlende Qualitätskontrolle in den operativen Fächern gerügt, ein hektisch begonnener Modellversuch der Ärztekam-

mer wird vom Ausschluß als methodisch völlig ungenügend kritisiert. Darüber hinaus werden strukturelle Ursachen der beklagten Mißstände – in bisher ungewöhnlich klarer Weise – aufgezeigt:

- Die Krankenhaus-Hierarchie mit nach wie vor uneingeschränkten Machtbefugnissen der Chefarzte.
- Der unzureichender Personalschlüssel, der jahrelang von allen Beteiligten klaglos hingenommen worden war und zu Prioritätensetzungen bei der ärztlichen Arbeit zwang.
- Die Weiterbildungsordnung, für die die Ärztekammer verantwortlich ist, zwingt mit häufig an der Realität eines Faches vorbei aufgestellten Operationskatalogen faktisch zum Operieren »auf Facharzt kommissarisch«.
- Eine Kontrolle der Weiterbildungseinrichtungen und der er»mächtigten« Chefarzte fand und findet nicht statt.

So war es möglich, daß unter den stadtbekanntesten Mißständen in der Abteilung Prof. Bernbecks Generationen von Orthopäden ausgebildet werden konnten. Ein in diesem Jahr eingesetzter »Bernbeck-Ausschuß« der Ärztekammer Hamburg soll nun das von der Bürgerschaft beigebrachte Material (427 Seiten Ausschlußbericht) sichten und Konsequenzen ziehen. Die Zusammensetzung des Ausschusses der Ärztekammer läßt zweifeln, ob die Ursachen wirklich konsequent angegangen werden können. Neben einem Vertreter der Opposition besteht er aus dem Kammerpräsidenten, drei Chefarzten und dem Vertreter des Marburger Bundes, der als Vorsitzender des Ausschusses Qualitätskontrolle für den von der Bürgerschaft kritisierten Modellversuch verantwortlich zeichnet.

#### Ärzteopposition bundesweit

Heute sind in nahezu allen Landesärztekammern oppositionelle Gruppen vertreten, oder ihr Einzug in die Gremien der Kammern steht unmittelbar bevor. Frankfurt ist mit der langen Tradition der »Liste demokratischer Ärzte« zu einem natürlichen Zentrum oppositioneller Ärztopolitik geworden. Die Gründung des »Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte« am 9. 11. 1986 hat diese Tendenz eher verstärkt. In Berlin stellt die »Fraktion Gesundheit« inzwischen den Ärztekammer-Präsidenten und nahezu alle Vorstandsmitglieder.

Die Entwicklungen in diesen beiden Kammerbereichen haben auch in Hamburg zur Diskussion darüber geführt, was das Ziel berufspolitischer Opposition sein könnte. Ein Bundesverein, der in der Öffentlichkeit wirksamer noch als bisher den Alleinvertretungsanspruch der Bundesärztekammer widerlegen kann? Oder ist auch in der Ärztekammer (Berufs-)Politik die Kunst des Möglichen, muß Opposition »Regierungsverantwortung« anstreben, um glaubwürdig zu sein? Was wurde aus der alten AUA-Forderung nach Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft der Ärzte in Kammern? Oder regieren Sachzwänge in die hehren Zielsetzungen der Vergangenheit hinein? Sind berufspolitische Koalitionen möglich und erstrebenswert? Ist der Marburger Bund ein möglicher Koalitionspartner? Diese Fragen werden in den verschiedenen Fraktionen sicherlich unterschiedlich beantwortet. In Hamburg blieben sie bisher ohne endgültige Antwort.

Natürlich besteht die Gefahr, sich im Verhältnis zu den anderen Mitgliedern der Kammerversammlung durch ein fundamentalistisches Nollmetangere zu isolieren. Aber in der Hamburger Ärzteopposition sieht man durchaus auch die andere Gefahr, der Versuchung, mitzunischen um jeden Preis, zu erliegen. Die Ärztekammern bleiben Ständekammern, sie können allenfalls zum berufspolitischen Parlament der Ärzte werden – dann wäre bereits viel erreicht! – Der Nabel der Gesundheitspolitik wird die Ärztekammer nicht werden können, und sie sollte es auch nicht sein. Die alternative Forderung nach der Einrichtung von Gesundheitskammern, in denen alle Berufsgruppen und die als Patienten Betroffenen zu Wort kommen sollten, ist zwar eine weit entfernte Utopie – aber eine wegweisende!

## 7.6

Claus-Peter Harbeke

*Die Geschichte der Demokratischen Ärzte  
des Saarlandes**Die Gründung*

In einem Kreis gesundheitspolitischer Interessierter<sup>114</sup> kann es nicht ausbleiben, daß auch immer wieder kritische Stellungnahmen und Unzufriedenheit mit den Aussagen der Ärztekammern zur Gesundheitspolitik geäußert werden; mit der Vertiefung der Diskussion kamen wir ärztlichen Gesprächsteilnehmer nicht mehr um eine Klärung herum, ob wir versuchen sollten, unsere Positionen zur Gesundheitspolitik in den Gremien der Ärztekammer zu artikulieren und zu verteidigen, oder ob wir das Feld der Standespolitik ganz alleine der »alten Garde der Standespolitiker« weiterhin überlassen sollten, die deren Bild bereits in den vergangenen Jahrzehnten geprägt haben.

Die Einstellungen divergierten. Die Gegner der Arbeit in Kammergremien, die sich eine solche nicht vorstellen konnten, beteiligten sich zunächst noch befruchtend an der Grundsatzdiskussion bis zur Entscheidung, sich an den Kammerwahlen mit einer eigenen Liste zu beteiligen.

Dieser Entschluß fiel im Januar 1982. Er war sicherlich auch unter dem Druck der nahenden Wahlen zur Delegiertenversammlung so schnell gefallen, denn eine Ablehnung oder auch nur Unentschlossenheit hätte uns für vier Jahre die Möglichkeit genommen, uns ärztlich öffentlich in einem Kammerorgan zu äußern und vor Ort Erfahrungen zu sammeln.